

# **„Kritische Ansätze zu Politik und Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“**

SoSe 2008

Peter Fleissner

Essay

...über rot-weiß-rote Bildungspolitik

GINNER BORIS  
a0549610

## *Kommentiertes Inhaltsverzeichnis:*

### *1. Ideologische Unterschiede im Bezug auf den Bildungsbegriff*

### *2. Neoliberaler Zeitgeist, Wirtschaft und Bildung*

### *3. Chancengleichheit im Bildungssystem?*

### *4. Resümee*

#### *Ideologische Unterschiede im Bezug auf den Bildungsbegriff*

Der Begriff „Bildung“ wird unterschiedlich interpretiert und ausgelegt. Auf der einen Seite steht die Meinung, Bildung beschränke sich im Wesentlichen auf Wissensaneignung und die Vermittlung von Manieren, Moral usw. Diese Begriffsinterpretation ist sehr weit verbreitet, weil Menschen in der Schule in erster Linie mit Wissensaneignung und Maßregelungen zu tun haben. Fremdes Wissen wird den SchülerInnen, als „Lehrinhalte“ verpackt, im Unterricht aufgetischt und ihnen mittels langjähriger Drills eingetrichtert; es gilt, dieses zu lernen und zu beherrschen. Zur Kontrolle wird dann abgeprüft – in Form von Tests, Schularbeiten oder mündlichen Überprüfungen: Bildung als Wissensaneignung – Lehrinhalte müssen beherrscht werden. Gleichzeitig sehen diese Menschen es auch als Aufgabe der Schule als Bildungsanstalt an, die SchülerInnen auf ihr späteres (Arbeits-)Leben vorzubereiten. Man müsse ihnen helfen, „in ihre Rollen“ zu finden und lehren, Vorgesetzte zu respektieren. Junge Revoluzzer, die aufmucken, sind in diesem Weltbild fehl am Platz, stattdessen wünscht man sich brave, biegbare Jugendliche, die sich ohne Widerrede in die Gesellschaft integrieren, Manieren beweisen, Respekt vor Vorgesetzten haben und gehorsam tun, was man ihnen sagt.

In der Klassengliederung brodelt ein aufreibender Konkurrenzkampf, aus dem jener als der Begabteste hervorgeht, der durch Anpassung am schönsten glänzt. (...) „Wer nicht in den Rahmen des Herkommens passt, wessen Entwicklung andere als die herkömmlichen Formen annimmt, der kommt unter die Räder, gilt als träge und unbegabt. Auf Werte wie Solidarität oder Zusammenhalt kommt es nicht an – ganz im Gegenteil: Gemeinschaftsarbeit wird in der Erziehungs- und Bildungsarbeit möglichst ausgeschaltet, gegenseitige Hilfe gilt in der Schule als Betrug, wird mit

härtesten Strafen ausgerottet (LÖWENSTEIN 1919, S. 33). Es gilt, durch Anpassung und Auswendiglernen Tüchtigkeit und Fleiß zu beweisen. Denn Anpassung, Tüchtigkeit und Fleiß ist es auch, was im System, im späteren Leben zählt. Was jedoch für das System ungemütlich werden könnte, wird schon in der Schule ausgetrieben: das „Anecken“ und Infragestellen von Autoritäten oder vorherrschenden Machtverhältnissen. Oberstes Ziel sind die Verwertbarkeit des erlernten Wissens, der Arbeitskraft und deren Einsetzbarkeit für die Wirtschaft.

Auf der anderen Seite stehen Menschen, die für einen gänzlich anderen Bildungsbegriff eintreten. Bildung habe mit Persönlichkeitsentwicklung zu tun, mit der Entwicklung zu einem vielseitigen und eigenständigen Menschen, der fähig ist, Dinge zu hinterfragen und kritisch zu denken. Im Mittelpunkt steht nicht nur Wissensvermittlung, sondern die Herausbildung kreativer Menschen mit eigenen Meinungen und Interessen, die sich in die Gestaltung des Schulalltages einbringen und mit breiten Mitbestimmungsrechten ausgestattet sind. Als Ziel wird die Befreiung der Menschen aus den bestehenden Rollenbildern und sozialen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft definiert, nicht deren Einzementierung. Eigenständiges Denken und Erarbeiten steht an Stelle von schlichtem Auswendiglernen und Wiederkauen von vorgesetzten Lehrinhalten. Dieser Zugang ist keine neue Entdeckung – Aristoteles (384 – 322 v. Chr.) hat vor über zweitausend Jahren den Satz geprägt, *„Einen jungen Menschen unterrichten heißt nicht, einen Eimer füllen, sondern ein Feuer entzünden.“* Der deutsche Kunsthistoriker Cornelius Gurlitt (1850 – 1938) bestätigt diese Ansicht mit der Aussage, *„Man soll Denken lehren, nicht Gedachtes.“* Kritische Jugendliche mit Ecken und Kanten werden den formlosen, frommen, brav lächelnden vorgezogen. Die Schule wird nicht als Belehrungsanstalt, sondern als Lernwerkstätte gesehen, in der es gilt, die Ecken und Kanten zu fördern, anstatt sie abzuschleifen.

Auf der einen Seite eine Schule der Konkurrenz, des Wettbewerbs und der Kategorisierung in Faule und Tüchtige, auf der anderen Seite eine solidarische Schule, in der in Projekt- und Arbeitsgruppen gemeinsam Lehrinhalte erarbeitet und vorgestellt werden, Hilfsbereitschaft und gegenseitiges Feedback zum Um und Auf gehören. Zwei Weltanschauungen, die sich diametral gegenüberstehen. Damit ergeben sich auch Auffassungen von Bildungspolitik, die völlig konträr sind.

### Neoliberaler Zeitgeist, Wirtschaft und Bildung:

Immer stärker im Zentrum des öffentlichen Diskurses steht das Verhältnis der Bildung zur Wirtschaft. VerfechterInnen des Neoliberalismus predigen, der Markt solle alle Lebensbereiche durchfluten – auch die Bildung. Oftmals ist die Strategie dieselbe:

Zuerst gilt es, die öffentlichen Einrichtungen durch eine rigide Einsparungspolitik unattraktiver zu machen und damit einen Run auf die Privatschulen auszulösen. Gleichzeitig werden die öffentlichen Einrichtungen dazu gezwungen, sich private Sponsoren zu suchen und sich von diesen abhängig zu machen, wollen sie nicht eine permanente Qualitätsverschlechterung und damit SchülerInnenrückgang in Kauf nehmen. In der Folge zieht sich der Staat immer weiter von seiner Rolle als Geldgeber des Schulwesens zurück; die verbliebenen öffentlichen Einrichtungen verkommen zu sogenannten „Restschulen“ für die Angehörigen der untersten sozialen Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund und können relativ kostengünstig verwaltet werden.

Paradebeispiel Nr. 1 für die erfolgreiche Anwendbarkeit dieser Strategie sind die USA: Die Privatisierungsidee, unterstützt von Unternehmen, religiösen Konservativen, die sich mehr Kontrolle über die Lehrinhalte erhoffen, und Eltern, die ihre Kinder bereits in Privatschulen schicken und nicht einsehen, warum sie mit ihrer Steuerleistung das öffentliche Schulsystem mitfinanzieren sollen, wurde in den 80er Jahren erstmals tatkräftig propagiert und umgesetzt. Unter Präsident Reagan wurde das öffentliche Schulwesen von massiven Mittelkürzungen heimgesucht und befand sich bald in einem desolaten Zustand. (BRANDNER, in: Thema 4/2001, S. 17) Fächer wurden gestrichen, Zusatzleistungen eingeschränkt, größere Klassen gebildet, Lehrkräfte und SchulleiterInnen wurden durch spannungsgeladene Arbeitsverhältnisse, verfallende Gebäude und eine Vielzahl sozialer Probleme immer öfter überfordert. Resultat: viele Mittelschichtfamilien, die bis dahin zuverlässige Befürworter des öffentlichen Bildungswesens galten, kehrten staatlichen Schulen den Rücken. Seither haben oft Privatfirmen bereits die Führung öffentlicher Schulen übernommen – und verlangen Schulgeld. US-Präsident Bush ging noch weiter und sprach sich im Präsidentschaftswahlkampf 2000 gar für die Abschaffung des öffentlichen Schulsystems aus und warb für die Einführung sogenannter „Bildungsgutscheine“ an Stelle der allgemeinen Steuern fürs Bildungsbudget (BRANDNER, in: Thema 4/2001, S. 18). Zustimmung finden diese

„Bildungsgutscheine“ auch in unserem Nachbarland Deutschland. „Wenn wir schon das teuerste Bildungssystem haben, dann wollen wir auch das beste haben“, meint Hans-Jörg Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Hamburger Handelskammer, und schlägt vor, die Hamburger Schulen zu privatisieren, um durch die Schaffung von Konkurrenz Leistung zu fördern. (Wilsdorf, Sandra: Die Kindheit, ein Wettbewerb, in: die tageszeitung Hamburg, 1.2.2001)

Um neoliberale Einsparungspolitik im Bildungsbereich zu erkennen brauchen wir aber nicht einmal nach Übersee schauen – hierzulande lässt sich die Privatisierungsstrategie anhand des Bildungsabbaus der 90er Jahre und vor allem in der Zeit der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung schön verfolgen:

In meiner Zeit als Schüler standen Kürzung von Unterrichtsstunden (bei unverändertem Lehrstoff), Lehrpersonalabbau durch Streichung von Lehrposten, Frühpensionierungen und Nichtverlängerung befristeter Dienstverhältnisse, größere Klassen (bis 2007), weniger Schulbudgetmittel, Wegfall oder Einschränkung von Fördermaßnahmen für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, Lernschwächen bzw. sonderpädagogischem Bedarf, Auflösung und Zusammenlegung von ländlichen Kleinstschulen, steigende Selbstbehalte für Schulbücher, Rückgang des Bildungsbudgets gemessen am BIP, usw. auf der Tagesordnung.

Ganz in dieses Konzept passen auch Neuerungen wie die von den Konservativen vielgepriesene Schulautonomie, eingeführt von Bildungsministerin Gehrler. Den Schulen eröffnen sich dadurch Möglichkeiten der autonomen Lehrplangestaltung, Schwerpunktsetzung, dezentralen Budgetplanung oder Schul sponsoring. Durch die unterschiedliche Schwerpunktsetzung sollten Schulen vermehrt in Konkurrenz zueinander treten. Da die erhöhte Flexibilität der Schulen aber unter dem Diktat der Kostenneutralität steht, greifen viele Schulen auf Sponsoren und Werbung zurück, um sich im Konkurrenzkampf besser behaupten und Qualitätsrückstand abwenden zu können. „Die einzelne Schule wirkt immer weniger als Teil eines öffentlichen, demokratisch verfassten öffentlichen Schulwesens, sondern wie eine betriebswirtschaftliche Einheit mit eigenem Logo, eigenem Programm und in permanenter Konkurrenz um SchülerInnen und Sponsorengelder mit allen anderen Schulen.“ (SELLNER 2004, S. 62).

Der Feldzug des vor allem von der rechtskonservativen Volkspartei betriebenen Neoliberalismus hinterlässt seine Spuren auch in der Sprache ihrer Anhänger und sämtlicher ÖVP-Handlanger in Landesschulräten, wie etwa dem

niederösterreichischen Landesschulinspektor Rötzer, der in einer Bildungsdiskussion, veranstaltet von der NÖ Arbeiterkammer, nicht mehr von Schulen, sondern von Dienstleistungsunternehmen sprach, indem die DirektorInnen künftig als ManagerInnen fungieren müssten. Kinder oder SchülerInnen gibt es in dieser Diktion nicht mehr – man spricht von Humankapital, Produkten oder sogar Ware.

Dass Privatsponsoren für ihre Almosen und Spenden im Gegenzug auch Entgegenkommen der Schulen – etwa bei der Lehrplangestaltung – erwarten, zeigen etliche Beispiele. Das Bonner Carl-von-Ossietzky-Gymnasium unterhält seit 2002 eine Kooperation mit dem Telekommunikationsunternehmen T-Mobile. Seitdem hält T-Mobile Einzug in den Unterricht. In Erdkunde lernen die SchülerInnen seither über „Standortfaktoren – Verflechtung des Unternehmens mit dem Raum“, in Informatik steht der Aufbau des D1-Chips auf der Tagesordnung, in Pädagogik lernt man die Frauen- und Familienförderung des Unternehmens kennen und in der Deutschstunde beschäftigen sich die SchülerInnen mit der SMS als Ausdrucks- und Kommunikationsform. „Wir sind sehr glücklich, dass wir diese Kooperation haben“, meint Schulleiterin Elke Rademacher. (RÖDDE u.a. 2006, S. 28)

Nicht unweit davon betreibt der Metro-Großmarkt-Partner Cash & Carry eine Partnerschaft mit dem Albert-Einstein-Gymnasium in St. Augustin. Auch dort mischt der Sponsor in der Unterrichtsgestaltung mit. Im Fach Informatik steht „Elektronisches Preisauszeichnungssystem“ auf dem Programm, in Erdkunde geht es um die „Handelsware Fisch“, im Englischunterricht erklärt Metro am Beispiel einer Firmenbroschüre, wie sich das Unternehmen „Nachhaltiges Wirtschaften / Sustainability in Trading“ vorstellt. Ein ähnliches Partnerschaftsprojekt unterhält Metro mit dem Lise-Meitner-Gymnasium in Leverkusen, wo sich Schülerinnen und Schüler mit „Globalisierung konkret – vom Fischfang bis zum Metro-Markt“ beschäftigen. Für ihr Schulengagement wurde der Metro-Gruppe vom nordrhein-westfälischen CDU-Familienminister der „ENTERPreis“ des Landes wegen „besonders gelungenem bürgerschaftlichem Engagement“ überreicht. (RÖDDE u.a. 2006, S. 38)

Schulpartnerschaften sind aber keine deutsche Eigenart, sondern auch in Österreich mittlerweile Gang und Gebe. So stellt etwa die Raiffeisenbank den „Partner“ sämtlicher Salzburger Schulen dar – und verlangt als Gegenleistung etwa „Branchenexklusivität“ im gesamten Finanzdienstleistungsbereich (inklusive

Lagerhäuser), Anbringung von Anschlagtafeln für Raiffeisen-Werbungen, Schul sponsoring-Kleber, Logotafel in jedem Stockwerk und Logosteher bei Veranstaltungen, usw. Angeboten werden dafür Geldmittel, etwa für die Beschaffung neuer PCs oder für die Finanzierung von Sonderprojekten, Fachvorträge, Lehrerkataloge, Raiffeisen-Jugendwettbewerbe oder das Raiffeisen-Börsenspiel.<sup>1</sup>

Qualifikation und Einsetzbarkeit für die Wirtschaft erscheinen so immer stärker als primäre Ziele der Bildung. Das „Produkt“ Schüler soll am Bildungsmarkt fit für den Wettbewerb am Arbeitsmarkt gemacht werden. Das öffentliche Schulwesen mit den gleichen Chancen für alle soll privatisiert werden, damit die miteinander in Konkurrenz tretenden Dienstleistungsunternehmen „die wirklich Tüchtigen“ für die Wirtschaft herausfiltern. Was bleibt der großen Masse der SchülerInnen, was passiert mit Lernschwachen oder Kindern mit Sprachproblemen? „Es wird auch Spezialangebote für verschiedene Handikaps geben“, verspricht der Hamburger Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Schmidt-Trenz. (WILSDORF, in: taz Hamburg 01.02.2001)

Ein Blick auf jene Länder, in denen die Privatisierung des Bildungswesens bereits weiter vorangeschritten ist, genügt jedoch – und die Worte wirken wie leere, zynische Versprechungen. So gibt es die beste Schulbildung in den USA nur für die Kinder jener Eltern, die sich hohe Gebühren für die Eliteschulen leisten können. Konzerne wie zum Beispiel Microsoft investieren in diese Schulen und nehmen direkt Einfluss auf die Ausbildung. Ein größerer Teil der SchülerInnen besucht Schulen, in denen die Ausbildung zu Billigjobs – vor allem im Dienstleistungsbereich – im Mittelpunkt steht. Der Großteil der SchülerInnen muss sich allerdings mit öffentlichen Schulen abfinden, denen es an Geld und qualifizierten Lehrkräften fehlt. Gerade in weniger begüterten Gegenden sind Testresultate der SchülerInnen schlecht, Schulgebäude in katastrophalem Zustand und mangelt es an Unterrichtsmaterial. (SPANG, in: Rheinische Post, 31.06.2001)

Auch in Großbritannien zeigt sich anhand der Privatisierungen im Bildungsbereich eine ähnliche Bilanz: Verlust an Arbeitsplatzsicherheit der Lehrkräfte, Lohnsenkung und Kurzarbeit halten Einzug in die Arbeitsverhältnisse, Einführung von Schulgeld und dadurch verstärkte soziale Selektion, Qualitätsverschlechterungen für die Mehrheit der SchülerInnen.

---

<sup>1</sup> ([http://www.salzburger-schulsponsoring.at/eBusiness/rai\\_template1/162136079970950866-](http://www.salzburger-schulsponsoring.at/eBusiness/rai_template1/162136079970950866-)

[162135880791842464\\_162135624972852762-162135624972852762-NA-7-NA.html](http://www.salzburger-schulsponsoring.at/eBusiness/rai_template1/162136079970950866-162135880791842464_162135624972852762-162135624972852762-NA-7-NA.html), Abfrage am 16.08.2008)

Dass die Interessen der Wirtschaft aber schon seit eh und je Einfluss auf das Bildungssystem ausgeübt haben und soziale Selektion kein neues Phänomen ist, zeigt Kurt Löwensteins Beurteilung vom Jahr 1919:

„Erst mit der neuen Zeit wird die Schulbildung eine allgemeine. Auch hier folgt sie der Notwendigkeit der ökonomischen Produktion. Die herrschenden Klassen brauchen Untergebene, die im Geiste staatlicher und kirchlicher Abhängigkeit erzogen werden, und die mit den elementarsten Kenntnissen des Lesens, Schreibens und Rechnens vertraut sind. Die Schule der unteren Klassen entsteht und setzt sich mit staatlichem Zwange als allgemeine Volksschule durch. Der moderne Staat aber braucht auch Offiziere und Beamte; das Leben der besitzenden Stände verlangt eine vielseitige Schulung und Bildung. So scheiden sich immer schroffer voneinander die Schule der breiten Massen und die ständische höhere Schule.“ (LÖWENSTEIN 1919, S. 27)

Die große Masse sollen Untergebene darstellen, die Elite der Gesellschaft soll sich hingegen in eigenen, abgekapselten Schulen selbst reproduzieren. Dies erweckt den Eindruck, dass die „Allzuvielen, die große Masse des Proletariats, eigentlich nur für die wenigen Großen da sind“ (LÖWENSTEIN 1919, S. 28).

### Chancengleichheit im österreichischen Bildungswesen?

In Österreich stehen einander schon seit jeher zwei weltanschauliche Lager gegenüber. Auf der einen Seite der emanzipatorische Bildungsbegriff der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, mit dem Ziel, Chancengleichheit durch adäquate Bildung zu erzeugen. Auf der anderen Seite der traditionelle Bildungsbegriff der Volkspartei und der katholischen Kirche, mit dem Anspruch, gesellschaftliche Festschreibungen durch die Bildungspolitik abzusichern und zu tradieren. Die Bevölkerung wird in zwei früh identifizierbare Gruppen geteilt, von denen die eine für eine Höherqualifizierung im Gymnasium aussortiert wird, während die andere, größere, breitere, für Handwerk und niedriger qualifizierte Arbeiten von höheren Bildungschancen ferngehalten wird. Dies bezeichnet Karl Heinz Gruber in seinem Aufsatz „Eine bildungspolitische Bilanz“ (TÁLOS 2006, S. 266) als „alteuropäischen Bildungsdualismus“, eine Fortschreibung des Dualismus der ständischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Österreich bilde hiermit innerhalb des europäischen Kontexts eine bildungspolitische Insel gemeinsam mit dem süddeutschen Sprachraum inklusive deutschsprachiger Schweiz. Während in allen anderen Staaten eine frühe Segregation der Schülerinnen und Schüler vermieden



wird oder erst später greift, gibt es für die Kinder in Österreich nur eine gemeinsame Volksschule, aber schon ab 10 Jahren eine strikte Trennung in Hauptschule und Gymnasium, also zwei unterschiedlichen Schultypen mit unterschiedlichem Lehrplan und unterschiedlich ausgebildeten Lehrern und Lehrerinnen. Die Schere, die sich dadurch auftut, ist später kaum mehr zu schließen, ja verstärkt sich sogar im Laufe der weiteren Ausbildung. In einer Studie (Schlögl, Lachmayr 2003) ist der Zusammenhang zwischen Bildungshintergrund der Eltern und Bildungskarriere der Kinder deutlich erkennbar. Sie beziffern die Wahrscheinlichkeit für Jugendliche, die aus der Hauptschule kommen und in eine maturaführende Schulform der Sekundarstufe II eintreten (je nach formalem Bildungshintergrund der Eltern) mit...

- 7 %, falls die Eltern höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen
- 12 %, falls die Eltern über einen Lehrabschluss verfügen
- 24 %, falls die Eltern über einen Fachschulabschluss verfügen
- 33 % , falls die Eltern über eine Matura verfügen
- 44 %, falls die Eltern einen AkademikerInnenhaushalt bilden

Für Jugendliche aus einer AHS – Unterstufe ergeben sich aber folgende, verglichen mit obiger Gruppe durchwegs höhere Übertrittswahrscheinlichkeiten in eine maturaführende Schule der Sekundarstufe II (HS):

- 63 %, falls die Eltern höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen
- 70 %, falls die Eltern über einen Lehrabschluss verfügen
- 80 %, falls die Eltern über einen Fachschulabschluss verfügen
- 86 %, falls die Eltern über eine Matura verfügen
- 93 %, falls die Eltern einen AkademikerInnenhaushalt bilden

Die Innovationsfeindlichkeit der österreichischen Bildungspolitik lässt sich erkennen an den Jahrhundertabständen zwischen den legislativen Meilensteinen der Schulgesetzgebung. 1774 Einführung der allgemeinen Schulpflicht, 1869 Reichsvolksschulgesetz, 1962 Schulorganisationsgesetz. Dieses Trägheitsprinzip widerspricht dem dynamischen Wandel der Gesellschaft und Arbeitswelt. Die Beharrungstendenz ist sogar verfassungsrechtlich einzementiert durch die (noch nicht aufgehobene) Zwei-Drittel-Mehrheit in allen strukturelevanten Entscheidungen in der Bildungspolitik. Es lässt sich daraus, meiner Meinung nach, leicht der Rückstand des österreichischen Bildungswesens im Vergleich zu anderen europäischen Modellen erklären.

### Resümee:

Der Druck durch die zunehmenden Veränderungen in der Arbeitswelt ist vor allem in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich gestiegen, dennoch hat die schwarzblaue Bildungspolitik dagegen mit Ignoranz gemauert und am althergebrachten System umso mehr festgehalten. Die Periode von Unterrichtsministerin Gehrler (ÖVP) war gekennzeichnet von massiven Kürzungsmaßnahmen im Bildungsbudget, ohne zugleich eine Konzentration auf qualitativ hochstehende Lehrinhalte und –methoden zu bewirken. Statt zu einer massiven Förderung und einem Innovationsschub kam es unter ihrer Amtszeit zu Personalabbau bei gleichzeitig steigenden SchülerInnenzahlen, Stundenkürzungen bei unverändertem Lehrstoff, Errichtung zusätzlicher Bildungsbarrieren wie Studiengebühren oder Zugangsbeschränkungen, Erhöhung des Selbstbehalts auf Schulbücher, usw. Die PISA-Studien bewiesen in der Folge in drastischem Ausmaß die negativen Auswirkungen dieser Festhaltepolitik.<sup>2</sup> Die Reaktion darauf war allerdings nicht ein kritisches Durchleuchten der Mängel im System, sondern ein fieberhaftes Suchen nach methodischen Schwächen in diesen Studien beziehungsweise jüngst sogar der Schrei nach dem Ausstieg aus diesem Ländervergleich. Anstatt das alarmierende Spiegelbild der österreichischen Bildungspolitik ernst zu nehmen und daraus Konsequenzen zu ziehen, wird also der Spiegel zerschlagen und die PISA-Studie als Zerrbild der Realität schlecht geredet. Die Antwort der ÖVP-Politiker auf die Misere in der Bildungspolitik erschöpft sich in der Forderung nach Leistungstests für 3-Jährige (ÖVP-Bildungssprecher Neugebauer, Kurier 30.07.2007), Sanktionsmöglichkeiten gegen Eltern, deren Kinder nicht zeitgerecht zur Schule kommen oder Hausaufgaben nicht bringen (ÖVP-Vizekanzler Molterer, Kurier 11.11.2007), sowie im Ruf nach Ausweitung der Strafmittel von LehrerInnen gegen SchülerInnen (Oberösterreichischer Landesschulratspräsident Enzenhofer (ÖVP), orf.at, 22.11.2007) oder gar die Installierung von euphemistisch „Erziehungscamps“ genannten Jugendstrafslagern für freche und kriminelle Jugendliche (ÖVP-Generalsekretär Missethon, derstandard.at, 18.01.2008).

Gerade die letzteren Beispiele zeigen meiner Meinung nach auf, dass mittelalterliche Bestrafungsphantasien von stockreaktionären ÖVP-BildungspolitikerInnen Hochkonjunktur haben, während vernünftige Ideen der Umgestaltung des Bildungssystems negiert und blockiert werden. Nicht das kranke System soll geheilt

---

<sup>2</sup> <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,331227,00.html>, Abfrage am 16.08.2008

werden, sondern die SymptomträgerInnen (die Kinder) sollen bestraft werden. Der fehlenden Einsicht der ÖVP in Sachen Bildungspolitik tat auch die schallende Ohrfeige bei den Nationalratswahlen 2006 keinen Abbruch – ganz im Gegenteil. Die Pläne der neuen SPÖ-Unterrichtsministerin Schmied, die sich für die schrittweise Etablierung einer gemeinsamen Schulform der 6- bis 14-jährigen stark gemacht hat, wurden auf allen Ebenen und mit allen Mitteln torpediert, um den Status quo zu erhalten. Die Ansicht, ganz Europa habe Unrecht, nur Österreich habe das einzig wahre System, entspricht der auch sonst erkennbaren Paranoia einer längst von den Ereignissen überholten gesellschaftlichen Grundhaltung. Die guten Erfahrungen aus der Volksschule, die ja, abgesehen von der Existenz der Sonderschulen, eine Gesamtschule ist, werden nicht auf die Gesamtschule der 6- bis 14-jährigen übertragen, sondern blindlings verworfen. Das oftmalige Predigen von „angemessener Differenzierung“ im Schulsystem verschleiert die Spaltung der Gesellschaft in Abkömmlinge reicher Eltern mit guten Bildungschancen und Abkömmlingen armer Eltern, die als Arbeitskräftereservoir für Hilfsarbeiten und unqualifizierte Arbeitsplätze verfügbar gehalten werden sollen. Der Klassenkampf Reich gegen Arm wird in der Schulpolitik einbetoniert.

### **Quellenverzeichnis:**

Brandner, Anton: Öffentliches Bildungssystem und privater Bildungsmarkt. Die globale Entwicklung, in: Thema 4/2001.

Gruber, Karl Heinz: Eine bildungspolitische Bilanz, in: Tálos, Emmerich (Hg.): Schwarz-Blau – Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006

Löwenstein, Kurt: Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen, 1919

Rödde, Ulf u.a.: Privatisierungsreport. Vom Rückzug des Staates aus der Bildung, 2006

Schlögl, Peter u. Lachmayr, Norbert; Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung (ÖIBF): Motive und Hintergründe von Bildungswegentscheidungen in Österreich – Eine repräsentative Querschnittserhebung im Herbst 2003.

Sellner, Reinhart: An der Kippe. LehrerInnenarbeit an österreichischen AHS (2004), aus: Bernhard, Irmgard; Bethge, Horst u.a.: Schule 2004: Es ist kalt geworden. Schwarz-blaues „Reform“-Sparen, 2004.

Spang, Thomas: Arme Wohngegend, schlechte Schule, aus: Rheinische Post, 31.08.2001

Wilsdorf, Sandra: Die Kindheit, ein Wettbewerb, aus: die tageszeitung Hamburg, 1.2.2001

### **Internetquellen:**

<http://derstandard.at>, 18.01.2008

<http://www.kurier.at>, 30.07.2007

<http://www.kurier.at>, 11.11.2007

<http://orf.at>, 22.11.2007

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,331227,00.html>, Abfrage am 16.08.2008

[http://www.salzburger-schulsponsoring.at/eBusiness/rai\\_template1/162136079970950866-162135880791842464\\_162135624972852762-162135624972852762-NA-7-NA.html](http://www.salzburger-schulsponsoring.at/eBusiness/rai_template1/162136079970950866-162135880791842464_162135624972852762-162135624972852762-NA-7-NA.html), Abfrage am 16.08.2008